

**Berliner Gerichte für Arbeitssachen
- Dokumentationsstelle -**

Entscheidungsdokumentation

LArbG-Entscheidung vom

LArbG-AZ:

ArbG-Entscheidung vom

ArbG-AZ:

Zustellung der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts an

- | | |
|--------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> Klg. | <input checked="" type="checkbox"/> Klg.-Vertr.: |
| <input type="checkbox"/> Bekl. | <input checked="" type="checkbox"/> Bekl.-Vertr.: |
| <input type="checkbox"/> Bet. | <input type="checkbox"/> Verf.-Bev.: |

Zulassung:

Gesetz

Stichworte

Leitsätze

Entscheidungsdokumentationsende

- | | |
|--------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> Fachpresse | <input type="checkbox"/> Landesarbeitsgerichte |
| <input type="checkbox"/> Tagespresse | |

Landesarbeitsgericht Berlin

GeschZ. (bitte immer angeben)

15 Sa 417/04

35 Ca 5288/03



Verkündet

am 14.07.2004

als Urkundsbeamter/-in
der Geschäftsstelle

Im Namen des Volkes

Urteil

In Sachen

pp

hat das Landesarbeitsgericht Berlin, 15. Kammer,

auf die mündliche Verhandlung vom 14.07.2004

durch den Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht ... als Vorsitzenden

sowie die ehrenamtlichen Richter

für Recht erkannt:

- I. Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Berlin vom 21. Januar 2004 – 35 Ca 5288/03 – wird auf ihre Kosten zurückgewiesen.
- II. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Die Parteien streiten um einen Anspruch der Klägerin gegen die Beklagte auf Schadensersatz wegen geschlechtsbezogener Benachteiligung im Zusammenhang mit einer erfolglosen Bewerbung der Klägerin bei der Beklagten als Sekretärin.

Die Klägerin ist männlichen Geschlechts. Sie ist transsexuell. Sie ist berechtigt, einen weiblichen Namen zu tragen. Im Verhandlungstermin vom 14.07.2004 erschien die Klägerin ihrer äußeren Erscheinung nach als Mann.

Auf die Anzeige der Beklagten in der Berliner Morgenpost bewarb sich die Klägerin mit Schreiben vom 03.02.2003 als Sekretärin. Mit Schreiben der Beklagten vom 19.02.2003 erhielt sie eine Ablehnung. Deswegen hat die Klägerin mit ihrer beim Arbeitsgericht am 25.02.2003 eingegangenen Klage die Beklagte auf Zahlung von Schadensersatz wegen geschlechtsbezogener Benachteiligung in Anspruch genommen.

Die Klägerin – vormals auch „der Kläger“ – hat in einer Vielzahl mit dem vorliegenden Rechtsstreit vergleichbarer Fälle Arbeitgeber wegen geschlechtsbezogener Benachteiligung auf Schadensersatz in Anspruch genommen. Bei den Gerichten für Arbeitssachen Berlin waren deswegen in der Vergangenheit eine Vielzahl von Prozessen anhängig. Ob über diese Prozesse hinaus die Klägerin – quasi wie ein Abmahnverein - potentielle Arbeitgeber, die keine geschlechtsneutralen Anzeigen geschaltet hatten, auf Schadensersatz in Anspruch nahm, entzieht sich der Kenntnis des Gerichts. Insoweit ist eine Vermutung nahe liegend. Denn auch im vorliegenden Rechtsstreit wandte sich die Klägerin mit Schreiben vom 24.03.2003 an die Beklagte und bot an, bei Zahlung eines Betrages im Wege des Vergleichs die Klage zurückzunehmen.

Aufgrund Diskriminierung wegen des Geschlechts waren bei den Gerichten für Arbeitssachen Berlin – soweit bekannt – folgende Rechtsstreitigkeiten der Klägerin (des Klägers) rechtshängig:

<u>Aktenzeichen</u>	<u>Forderung der Klägerin</u>	<u>Ergebnis</u>	<u>des</u>
<u>Rechtsstreits</u>			
16 Ca 10311/01	15.000,00 DM	Vergleich: 500,00 DM	

2 Ca 12046/01	12.000,00 DM	Klagerücknahme
4 Ca 12048/01	15.000,00 DM	Vergleich: 300,00 DM
36 Ca 15877/01	12.000,00 DM	Vergleich: 500,00 DM
30 Ca 12285/01	12.000,00 DM	Vergleich: 250,00 DM
30 Ca 12286/01	12.000,00 DM	Vergleich: 250,00 DM
72 Ca 14937/01	12.000,00 DM	Vergleich: 300,00 DM
85 Ca 12311/01	15.000,00 DM	Klagerücknahme
49 Ca 16084/01	12.000,00 DM	Vergleich: 1000,00 DM
49 Ca 21101/00	angemessenes Schmerzensgeld	Vergleich: 500,00 DM
78 Ca 16082/01	12.000,00 DM	Klagerücknahme
56 Ca 16787/01	12.000,00 DM	Klagerücknahme
54 Ca 18699/01	12.000,00 DM	2. VU ./ Klägerin
37 Ca 14936/01	12.000,00 DM	VU ./ Klägerin
38 Ca 20313/01	12.000,00 DM	Ruhen des Verfahrens
39 Ca 13439/01	15.000,00 DM	2. VU ./ Klägerin
39 Ca 13442/01	15.000,00 DM	2. VU ./ Klägerin
78 Ca 16081/01	12.000,00 DM	2. VU ./ Klägerin
26 Ca 17996/01	12.000,00 DM	Ruhen des Verfahrens
1 Ca 18701/01	12.000,00 DM	Urteil ./ Klägerin
3 Sa 18/02 Klägerin		1. Instanz Urteil./
(54 Ca 18698/01)	12.000,00 DM	2. Instanz VU./ Klägerin
19 Sa 2327/01 Klägerin		1. Instanz Urteil./
(81 Ca 11135/01)	9.000,00 DM	2. Instanz Beschluss
nach		§ 519 b ZPO ./ Klägerin
18 Sa 2125/01 Klägerin		1. Instanz Urteil./
(78 Ca 16080/01)	12.000,00 DM	2. Instanz Urteil./
Klägerin		
7 Sa 2214/01 Klägerin		1. Instanz Urteil ./
(2 Ca 12047/01)	6.000,00 DM	2 Instanz VU ./ Klägerin
36 Ca 4445/03	1 – 3 Monatsverdienste	Vergleich: 500,00 EUR

noch offene Verfahren:

10 Ca 4773/04

Wegen des Vortrags der Parteien in erster Instanz wird auf den Tatbestand des angefochtenen Urteils (Bl. 118 f. d.A.) verwiesen.

Unter Aufrechterhaltung eines Versäumnisurteils vom 10. September 2003 hat das Arbeitsgericht die Klage mit Urteil vom 21. Januar 2004 abgewiesen. Wegen der Begründung wird auf den Inhalt der arbeitsgerichtlichen Entscheidung (Bl. 117 – 122 d.A.) Bezug genommen.

Gegen das ihr am 12. Februar 2004 zugestellte Urteil des Arbeitsgerichts hat die Klägerin am 19. Februar 2004 Berufung eingelegt und diese mit einem beim Landesarbeitsgericht am 07. April 2004 eingegangenen Schriftsatz begründet.

Die Klägerin vertritt die Auffassung, die geschlechtsspezifische Anzeige der Beklagten, die Frauen bevorzuge, sei für Frauen sexuell diskriminierend. Wenn spezifisch eine Frau gesucht werde, könne daraus geschlossen werden, dass eine Frau mit weiblichen Reizen einer Frau mit weniger weiblichen Reizen der Vorzug gegeben werde. Allein die sexuelle Spezifizierung der Anzeige diskriminiere nicht nur Männer, sondern auch mit weniger weiblichen Reizen ausgestattete Frauen. Hinzu komme, dass die Klägerin nicht einmal eine Frau im rechtlichen Sinne, sondern lediglich als dem weiblichen Geschlecht als zugehörig zu betrachten sei. Daher werde sie durch die geschlechtsspezifische Anzeige diskriminiert. Die Klägerin habe sich zwar mit ihrem gesetzlichen (weiblichen) Namen beworben, im Lebenslauf aber die Geschlechtsumwandlung erwähnt und durch Vorlage der Zeugnisse offensichtlich gemacht. Die Auffassung des Arbeitsgerichts, die Klägerin habe als „juristische Frau“ durch die geschlechtsspezifische Anzeige nicht benachteiligt werden können, sei willkürlich und aus jedem logischen Zusammenhang gerissen.

Die Klägerin beantragt die Vorlage des Rechtsstreits beim Europäischen Gerichtshof. Dieser möge entscheiden, wann eine Person durch eine geschlechtlich spezifizierte Anzeige nicht mehr diskriminiert werde.

Die Klägerin beantragt,

unter Aufhebung des Urteils vom 21. Januar 2004 und des Versäumnisurteils vom 10. September 2003 des Arbeitsgerichts Berlin die Beklagte zu verurteilen, ihr Auskunft zu erteilen, welches Gehalt sie einer Sekretärin der Zentrale bezahlt und in einer zweiten Stufe ihr einen Schadensersatz zwischen einem und drei Monatsgehältern zu bezahlen, dessen endgültige Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie schließt sich der Begründung der angefochtenen Entscheidung mit Rechtsausführungen zu europarechtlichen Fragen an. Wegen des weiteren Vorbringens der Parteien in der Berufungsinstanz wird auf den Inhalt des Schriftsatzes der Klägerin vom 06.04.2004 (Bl. 134 - 136 d.A.) und den des Schriftsatzes der Beklagten vom 27.05.2004 (Bl. 148 – 150 d.A.) verwiesen.

Mit Schreiben des Landesarbeitsgerichts vom 11. Mai 2004 ist der Prozessvertreter der Klägerin darauf hingewiesen worden, dass bei den Gerichten für Arbeitssachen Berlin in der Vergangenheit eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten der Klägerin (im Jahre 2001 auch des Klägers) anhängig gewesen seien und es beabsichtigt sei, diese Verfahren dem vorliegenden Rechtsstreit beizuziehen. Im Verhandlungstermin vom 14.07.2004 hat der Prozessbevollmächtigte der Klägerin erklärt, dass es ihm heute nicht möglich sei, zur Frage der Ernsthaftigkeit der Bewerbung der Klägerin mit Rücksicht auf die bereits durchgeführten Verfahren bei den Gerichten für Arbeitssachen Stellung zu nehmen. Deswegen hat der Prozessbevollmächtigte der Klägerin die Einräumung einer Erklärungsfrist beantragt.

Entscheidungsgründe

Die statthafte Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt und begründet worden. Sie ist damit zulässig. In der Sache hatte sie keinen Erfolg. Zutreffend hat das Arbeitsgericht einen Anspruch der Klägerin auf Auskunft betreffend das Gehalt einer Sekretärin in der Zentrale der Beklagten und in der zweiten Stufe Zahlung von Schadensersatz zwischen einem und drei Monatsgehältern abgewiesen. Das Berufungsgericht schließt sich nach § 69 Abs. 2 ArbGG der Begründung der arbeitsgerichtlichen Entscheidung an. Der Vortrag der Klägerin in der Berufungsinstanz ist nicht geeignet, die Rechtslage anders zu beurteilen.

Ein Schadensersatzanspruch der Klägerin gegen die Beklagte in Anwendung der Regelung in § 611 a BGB ist schon dem Grunde nach zu verneinen. Deswegen kann die Klägerin von der Beklagten in der ersten Stufe ihrer Klage keine Auskunft beanspruchen. Die Stufenklage ist insgesamt abzuweisen.

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (Urteil vom 12.11.1998 – 8 AZR 365/97 – EzA Nr. 14 zu § 611 a BGB) – der sich das Berufungsgericht anschließt – kann im Stellenbesetzungsverfahren nur derjenige benachteiligt werden, der sich subjektiv ernsthaft beworben hat und objektiv für die zu besetzende Stelle in Betracht kommt. Es ist bereits davon auszugehen, dass die Klägerin sich auf die von der Beklagten ausgeschriebene Stelle einer Sekretärin in der Konzernzentrale nicht ernsthaft beworben hat. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Klägerin die Anzeige der Beklagten zum Anlass nahm – vergleichbar einem Abmahnverein –, das Verhalten der Beklagten als Quelle einer Geldeinnahme zu nutzen. Dieser Schluss rechtfertigt sich aus dem Prozessverhalten der Klägerin (vormals des Klägers) bei den Gerichten für Arbeitssachen Berlin in der Vergangenheit, soweit dies dem Berufungsgericht bekannt geworden ist.

In einer Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten hat die Klägerin (vormals der Kläger) in der Vergangenheit Arbeitgeber auf Zahlung von Schadensersatz wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung aufgrund nicht geschlechtsneutraler Anzeigen in Anspruch genommen. Das Vorgehen der Klägerin vollzog sich geradezu musterhaft. Nach dem Studium von Anzeigen in Tageszeitungen bewarb sich die

Klägerin (der Kläger) unter Beifügung von Bewerbungsunterlagen, bestehend aus einem Lebenslauf, der mit dem Begriff „merkwürdig“ nur unzureichend beschrieben werden kann. Beigefügt waren weiterhin die Zeugnisse über die 2. juristische Staatsprüfung, das Magisterzeugnis der Universität B. und die Zeugnisse der französischen Universität. Nach Ablehnung der Bewerbung hat die Klägerin (der Kläger) jeweils mit einer fast identischen Klageschrift Klage erhoben. Die Verfahren der Klägerin (des Klägers) waren zu Beginn der Prozesswelle teilweise von Erfolg gekrönt. Die Klägerin (der Kläger) erreichte die vergleichsweise Zahlung durch die Arbeitgeber von Beträgen zwischen 250,00 DM und 1000,00 DM, wobei von ihr ursprünglich Schadensersatz von 12.000,00 DM bzw. 15.000,00 DM geltend gemacht worden war. Nachdem die Klägerin (der Kläger) durch die Vielzahl der Prozesse beim Arbeitsgericht Berlin „auffällig“ geworden war, gingen die Rechtsstreitigkeiten für sie negativ aus. Die Klagen wurden zurückgenommen, die Rechtsstreitigkeiten wurden durch Versäumnisurteile bzw. streitige Urteile bzw. Nichtbetreibung erledigt.

Aus den von der Klägerin (dem Kläger) in der Vergangenheit betriebenen Rechtsstreitigkeiten ist zu folgern, dass die Bewerbungen der Klägerin (des Klägers) keine ernsthaften Bewerbungen aufgrund der Anzeigen der Arbeitgeber waren. Vielmehr versuchte es die Klägerin (der Kläger), sich einer besonderen Geldeinnahmequelle zu erschließen. Dies kann aus der Diskrepanz der ursprünglich eingeklagten Beträge im Verhältnis zu den von den Arbeitgebern vergleichsweise gezahlten Beträgen geschlossen werden. Dies kann weiterhin daraus geschlossen werden, dass die Klägerin in einer Vielzahl von Fällen die Verfahren nicht ernsthaft betrieb, also Klagerücknahme erklärte, gegen sich Versäumnisurteile ergehen ließ bzw. die Verfahren nicht weiter betrieb. Dabei entzieht es sich der Kenntnis des Gerichts, ob die verklagten Arbeitgeber zur Beilegung des Rechtsstreits außerhalb des Prozesses an die Klägerin (den Kläger) Beträge entrichteten (vgl. Schreiben der Klägerin vom 24.03.2003 an die Beklagte).

Ist die Bewerbung der Klägerin um die von der Beklagten ausgeschriebenen Stelle einer Sekretärin in der Konzernzentrale nicht als ernsthafte Bewerbung zu werten, scheidet ein Schadensersatzanspruch der Klägerin gem. § 611 a BGB gegen die Beklagte aus. Ob die Klägerin für die zu besetzende Stelle objektiv in Betracht kam,

kann deswegen dahinstehen. Allerdings sind auch insoweit ernste Zweifel angebracht. Als Volljuristin mit einer umfassenden Weiterbildung ist die Klägerin für die Stelle einer Sekretärin überqualifiziert. Dass dies ihre objektive Eignung ausschließen könnte, kann nicht von der Hand gewiesen werden.

Mit Rücksicht auf vorstehende Ausführungen kam eine Vorlage des Rechtsstreits an den Europäischen Gerichtshof nicht in Betracht.

Dem Antrag des Prozessbevollmächtigten der Klägerin auf Einräumung einer Erklärungsfrist betreffend die Frage der Ernsthaftigkeit der Bewerbung der Klägerin war nicht zu entsprechen. Mit Schreiben des Landesarbeitsgerichts vom 11.05.2004 ist der Prozessbevollmächtigte der Klägerin darauf hingewiesen worden, dass in der Vergangenheit eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten der Klägerin (des Klägers) bei den Gerichten für Arbeitssachen Berlin anhängig waren und beabsichtigt sei, diese Verfahren dem vorliegenden Rechtsstreit beizuziehen. Diesem Hinweis des Gerichts wurde nicht nachgegangen, wobei dahinstehen kann, ob die Klägerin ihren Prozessbevollmächtigten nicht oder nicht ausreichend informierte bzw. ob der Prozessbevollmächtigte der Klägerin die Tragweite dieses Hinweises nicht erkannte.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 97 ZPO.

Die Zulassung der Revision kam mangels Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen nicht in Betracht.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist ein Rechtsmittel nicht gegeben. Wegen der Möglichkeit der Nichtzulassungsbeschwerde wird die Klägerin auf die Regelung in § 72 a ArbGG hingewiesen.